Geschrieben von: DOSB-Pressestelle/ DL
Mittwoch, 27. Juli 2011 um 16:38

Frankfurt/ Main. Trotz oftmals zu Recht vorgebrachter Widrigkeiten über den Kontrollmechanismus steht die Mehrheit der Athleten zur Antidopingkampagne.

Der Beirat der Aktiven (BdA) im Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) hat das von Datenschützern angeprangerte Dopingkontrollsystem als unverzichtbar bezeichnet. “Das System wird getragen von einer großen Mehrheit der Sportlerinnen und Sportler und dem Beirat der Aktiven, den demokratisch-legitimierten Athletenvertretern. Es stellt hohe Anforderungen an die Aktiven, doch zugleich sind diese weltweit geltenden Regeln die Grundlage für die internationale Chancengleichheit und damit unverzichtbar”, sagte der BdA-Vorsitzende Christian Breuer in Frankfurt/Main.

Die im Papier der Datenschützer geforderten Veränderungen zeigten einmal mehr, dass gesetzliche Regelungen zur Aushebelung des international anerkannten Anti-Doping-Kontrollsystems führen würden, erklärte Breuer: “Die Datenschützer stellen die Whereabout-Regeln in Frage: Würden diese wegfallen, wären die überraschenden Zielkontrollen, die für einen erfolgreichen Anti-Doping-Kampf notwendig sind, unmöglich. Der Überraschungseffekt wäre praktisch weg.” Außerdem fordern die Datenschützer eine Senkung der Standards bei den Kontrollabgaben. “Damit würden Betrugsmanöver bei Abgaben der Proben erleichtert, wie wir das ja zuvor leider schon erleben mussten”, sagte Breuer.

Die Unterwerfungs-Erklärungen, die von den Datenschützern ebenfalls angeprangert werden, sind laut Breuer “unabdingbare Voraussetzung für internationale Chancengleichheit”.

An den Forderungen der Datenschützer wird aus Breuers Sicht deutlich: “Gesetzliche Regelungen bei Dopingverfahren würden auf Grund der geforderten und anderer mit gesetzlichen Regelungen zwangsläufig verbundenen Einschränkungen den Kampf gegen Doping nicht stärken, sondern schwächen.”

Als Beirat der Aktiven, dem auch Wildwasser-Kanutin Silke Kassner als Athletenvertreterin in der NADA angehört, werde man sich weiter konstruktiv an der Diskussion um die Verbesserung des Kontrollsystems und der Rahmenbedingungen beteiligen, erklärte Breuer.